

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 3

Artikel: Apartheid in Südafrika gelockert?
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sation als neu und erstmalig bezeichnet werden. Und in dieser neuen Situation stellt sich auch die Frage nach der Abrüstung neu. Wer ohne neue Prüfung die Abrüstung für unmöglich hält, denkt nicht geschichtlich und vergleicht Dinge miteinander, die nicht miteinander verglichen werden können.

Hansjörg Braunschweig

Apartheid in Südafrika gelockert?

In der von 23 Millionen Menschen bewohnten, durch eine Minderheit von 4 Millionen Weißen regierten Republik Südafrika, scheint einiges in Fluß geraten zu sein. Die überraschende Kunde von der Einladung Premierministers Vorster an die neun schwarzen Führer der «Heimatländer» zu einem Gespräch am «Runden Tisch» ist ein Novum. Ob dadurch eine Entschärfung der gespannten Lage zustande kommen wird, bleibt abzuwarten. Der zu Beginn dieses Jahres in Natal durchgeführte viertägige Ausstand von zehntausend Schwarzen in zehn Fabriken zeigt, daß die im vergangenen Jahr durch zahlreiche Streiks erzwungenen Zugeständnisse für bessere Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbildungsmöglichkeiten nicht befriedigen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß im Bereich der sogenannten «Kleinen Apartheid» ein zunehmender Abbau der Rassentrennung vor sich geht. So verschwinden in letzter Zeit die Anschriften «Nur für Weiße» bei getrennten Eingängen, Aufzügen, Sitzgelegenheiten, Toiletten. In Privatkliniken versorgen nun auch schwarze Krankenschwestern weiße Patienten, und bei privaten Einladungen werden schwarze Gäste zugelassen. Neu ist auch, daß Schwarzafricaner, Mischlinge und Inder an Kongressen der oppositionellen Parteien, der «United Party» (Vereinigte Partei) und «Progressive Party» (Progressive Partei), das Wort ergreifen. Die Anliegen der nicht-weißen Rassen werden auch oft und mutig durch die englischsprachigen Zeitungen «The Johannesburg Star» und «Rand Daily Mail» vertreten.

Die meistenteils durch wirtschaftliche Bedürfnisse entstandene Lockerung der Rassentrennungspolitik kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß die Regierung der seit fünfundzwanzig Jahren herrschenden «Nationalistischen Partei», an ihrer traditionellen Regierungspraxis festhält. Mit harter Hand ist sie gegen jede der Apartheid-Politik gegenüber kritische Stimme vorgegangen. So hat sie beispielsweise acht Studenten des Verbandes der englischsprechenden Studenten, der für Zusammenarbeit mit schwarzen Studenten eintritt, mit Hausarrest belegt; andern wurden die Pässe abgenommen. Die nicht nachlassenden Angriffe auf das «Christliche Institut von Südafrika», in dem sich

Weiße zusammen mit Schwarzen, um Alternativen zur Apartheid bemühen, lassen das Schlimmste befürchten. Ihre führenden Mitglieder wurden vor Gericht zitiert.

Um jeder Opposition den Boden zu entziehen, hat die Vorster-Regierung am 19. Februar dieses Jahres im Parlament die neuen Gesetzesvorlagen «The Riotous Assemblies and Affected Organisations Bills» eingebracht. Die bekannte englische Zeitung «The Guardian» (20. Febr. 74 und 21. Febr. 74) hat im einzelnen darüber berichtet, was diese Gesetze beinhalten. Der Parlamentsvorsitzende verteidigte diese drastischen Verordnungen als notwendige Maßnahmen gegenüber Terroristen und Gruppen, die darauf tendieren, verfassungswidrige politische, soziale und wirtschaftliche Änderungen in Südafrika herbeizuführen. Aufgrund dieser Gesetze ist in Südafrika die Versammlungsfreiheit total aufgehoben. Der Justizminister kann nach seinem Ermessen Einzelpersonen, Organisationen, Institutionen als staatsgefährliche, aufrührerische Elemente abstempeln und entsprechend gegen sie vorgehen. Gesetzesübertretungen werden mit Geldbußen bis zu 13 000 Pfund oder zehnjähriger Haft geahndet. Die vage Formulierung der Verordnungen ermöglicht es, Einladungen von zwei oder mehr Personen in Privathäusern als aufrührerische, die öffentliche Ordnung gefährdende Zusammenkünfte einzustufen. Wenn es dem weißen Protest nicht gelingt, das Inkrafttreten der eingebrachten Gesetzesvorlagen zu verhindern, werden die jetzt noch funktionsfähigen oppositionellen Kräfte im Polizeistaat Südafrika zum Schweigen gebracht, und eine Liberalisierung der bestehenden politischen Strukturen wird — mindestens vorläufig — verunmöglicht.

Helen Kremos

Flüchtlinge aus Chile

Freiplatzaktion

Das Bild, das in den letzten Februartagen von der Freiplatzaktion in der Presse entstanden ist, verwirrt den von der Aufgabe der Schweiz als Asylland überzeugten Bürger. Die Aktion, in der sich Gemeinden und Einzelne gefunden hatten, um gegen dreitausend Flüchtlinge aus Chile aufzunehmen, wird als extrem links unterwandert hingestellt. Tatsache